

Willkommen dem
«Schaffhauser Freisinn»
in der Kopfblatt-Familie



Herausgeberin/Redaktion Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz Postfach 6136 3001 Bern Telefon 031 320 35 35 Fax 031 320 35 00 E-Mail gs@fdp-prd.ch Internet www.fdp.ch	Inserate Kretz AG Verlag und Annoncen General Wille-Strasse 147 8706 Feldmeilen Telefon 01 925 50 60 Fax 01 925 50 77 E-Mail fdp.annoncen@kretzag.ch Internet www.kretzag.ch	Layout/Druck NZZ PRINT Postfach 8021 Zürich Telefon 01 258 15 02 Fax 01 258 18 99 ISDN 01 773 11 15 E-Mail print@nzz.ch Internet www.nzzprint.ch
--	--	--

Offizielles Organ der FDP Schweiz.

23. Jahrgang. Erscheint monatlich.

AZB
3001 Bern

FRANZ GEORG M.
DIP. SCHWEIZ
HALLWYSTRASSE
3000 BERN

Inhalt

Politische Schlagworte

Energie statt Arbeit? **5**

Jungpolitiker

Jungfreisinnige aus Europa trafen sich in St. Gallen. **8/9**

Weiterbildung

Academy für Kandidaten, Amtsinhaber und Vorstandsmitglieder. **14**

Auf Händen tragen

Selbständigkeit ist kaum erwünscht. **17**

Schuldenbremse

Auch die Kantone sagen Ja. **19**

Anzeige

Innotherm

Öl-Kondensations-
heizungen brauchen
keinen Kamin.

INNOTHERM

Innotherm AG · Telackerstr. 14 · 8274 Tägerwil
Telefon 071 669 28 82 · Fax 071 669 28 87

Generationenübergreifend

Verantwortungsbewusste ist nachhaltige Sozialpolitik

Wir leben in einem gut ausgebauten Sozialstaat. Die immer höhere Lebenserwartung stellt die Politik vor grosse Herausforderungen.

Von FDP-Nationalrätin
Christine Egerszegi-Obrist, Mellingen (AG)



Christine Egerszegi-Obrist

Die Politik sucht nach Antworten. Unsere schnelllebige Zeit erfordert Strategien, die über die eigene Generation hinaus wirken.

Dichtes Netz

Wir haben heute ein dichtes soziales Netz. Wir versichern Alter, Krankheit, Arbeitslosigkeit, Invalidität, Unfall, Militärdienst und schlechtes Wetter auf dem Bau. Wir richten Kinderzulagen aus und ergänzen, was nicht reicht, durch Zusatzleistungen oder Sozialhilfe. Der Bund gab 1999 mit 12 Mia. rund einen Viertel seiner Ausgaben aus für die soziale Sicherheit: Das sind 8% mehr als ein Jahr zuvor, 30% mehr als vor fünf Jahren.

Die IV kann ihre Renten nur dank Darlehen aus dem AHV-Ausgleichsfonds bezahlen. Wenn das Loch

zu gross ist, stopfen wir es mit Geldern aus der EO-Kasse.

Die Krankenversicherung verlangt horrenden Prämien von den Versicherten. Trotz markantem Rückgang der Arbeitslosenzahlen fehlen uns in der Arbeitslosenversicherung noch Milliarden.

Die AHV schloss 1998 mit einem Milliardendefizit ab. Dank der Mehrwertsteuer wurde die Lage verbessert. Das Jahr 2001 bringt wieder rote Zahlen.

Wir wissen, dass wir bis 2010 jährlich 15,3 Milliarden Franken mehr aufbringen müssen für die Finanzierung der heutigen Leistungen. Das sind 6,8 Mehrwertsteuer- oder 5,2 Lohnprozent zusätzlich.

Sorgen bleiben

Wir können der Bevölkerung nicht ständig Mehrwertsteuer-Erhöhungen zumuten. Deshalb fordert die FDP seit Jahren einen Gesamtplan für die nachhaltige Sicherung unserer Sozialwerke. Wir wollen vom Bundesrat nicht einfach das Aufzeigen der Finanzierungsprobleme und die möglichen Leistungskorrekturen zur Auswahl. Die Frage heisst: Wie will der Bundesrat diesen Mehrbedarf finanzieren? Wo setzt er Prioritäten? Welche weiteren steuerlichen Belastungen (für öffentlichen Verkehr, Energie usw.) will er der Bevölkerung zumuten? Diese Fragen muss die Regierung

beantworten. Solange wir darüber keine Klarheit haben, kommt für uns ein weiterer Ausbau des Sozialstaates nicht in Frage. Wir lehnen also die Einführung eidgenössischer Familienzulagen (+4 Milliarden jährlich), Ergänzungsleistungen für Familien (+5 Milliarden) oder monatliche Kinderrenten (+7 Milliarden) ab. Es wäre doch alles andere als sozial, wenn wir heute grosszügig Geschenke verteilen, die die nächste Generation mit Schweiß und Arbeit über hohe Steuern und Lohnabzüge zurückbezahlen muss.

Fortsetzung auf Seite 2

Parolen der FDP Schweiz

Volksabstimmungen vom 2. Dezember 2001

- Schuldenbremse
- Initiative AHV-Energie-Arbeit
- Initiative Schweiz ohne Armee
- Friedensdienst-Initiative
- Initiative für eine Kapitalgewinnsteuer

Ja
Nein
Nein
Nein
Nein

Fortsetzung von Seite 1

Sozialpolitik hat oberste wirtschaftspolitische Bedeutung

Ohne Muskel und Gegenmuskel gibt es keine Fortbewegung. So muss das Verhältnis Wirtschaft und Sozialstaat sein. Über zu lange Zeit kümmerten sich die Politiker nur um Wirtschaftspolitik oder nur um Sozialpolitik. Es ist nicht sinnvoll, sich nur um Wirtschaftspolitik zu kümmern und zu verbessern, für wen man eigentlich arbeitet. Es ist aber ebenso falsch, sich nur um Sozialpolitik zu kümmern, ohne sich zu sorgen, wie und wo das dafür notwendige Geld erarbeitet werden kann. Allzu lange hat sich denn auch folgende Spirale gedreht: Man verlangt mehr Sozialleistungen – das verteuerte die Arbeit – das führte zu Rationalisierungen – es gab Arbeitslose – dies brauchte mehr Sozialversicherungsleistungen, das verteuerte...

« Es werden weniger Beitragszahler für mehr Rentenbezüger aufkommen müssen. »

Sozialpolitik hat wirklich oberste wirtschaftspolitische Bedeutung: Es geht nicht nur um die Gewährleistung der sozialen Sicherheit, es geht auch um den Erhalt des sozialen Friedens.

Kein Schimpfwort

Die Vermischung nationaler Märkte ist heute einfach Tatsache. Sie wird erleichtert und gefördert durch bahnbrechende Fort-

schritte in der Kommunikations- und Computertechnologie, aber auch durch die Liberalisierung des Welt Handels. Baut Alstom heute ein Kraftwerk, kommen die Gasturbinen vielleicht aus der Schweiz, die Kühltürme aus Grossbritannien, die Transformatoren aus Norwegen und die Hochspannungsleitungen aus Australien. Am ausgeprägtesten ist heute die Globalisierung auf den Finanzmärkten fortgeschritten. Auf einen Knopfdruck können Milliarden um den Globus verschoben werden. Die Kapitalströme erreichen heute die Grössenordnung von 1000 Milliarden Dollar pro Tag – oder rund das Sechzigfache des Güter- und Dienstleistungshandels.

Diese neuen Arten von Zusammenarbeiten laufen mit oder ohne uns Schweizer ab. Wenn dies als Bedrohung gesehen wird, gerät unsere Entwicklung ins Stocken, wenn wir mitmachen, kann sie zur Chance für unser Land werden: Schon immer hatten wir Kontakt mit vielen

Ländern, dank unseren gut ausgebildeten Leuten wird unsere Mitarbeit geschätzt. Sie zwingt uns aber, einerseits die Produktionskosten zu straffen, andererseits zur steten innovativen Entwicklung des Angebotes. Kaum wird etwas Neues produziert, muss die Erfindung des Nachfolgeproduktes laufen. Das bringt Arbeitsplatzverluste für die einen, öffnet aber auch neue

Tätigkeitsfelder für die andern. Wir brauchen neue Arbeitsplätze, weil Arbeit-

« Sozialpolitik hat wirklich oberste wirtschaftspolitische Bedeutung. »

nehmer und Arbeitgeber solidarisch mit ihren Lohnbeiträgen die Altersvorsorge, die Invalidenversicherung und die Familienzulagen ermöglichen.

Es ist unvernünftig, die Dynamik der Wirtschaft der Sozialpolitik entgegenzustellen. Es ist falsch, zu behaupten, dass nur die Wirtschaft von der Globalisierung zum Nachteil der Schwachen profitieren wird. Alle hoch entwickelten Sozialstaaten stehen heute vor grossen Problemen, die mit der Internationalisierung der Wirtschaft wenig zu tun haben, sondern primär die Folgen der Überalterung der Gesellschaft und unserer Forderungs- und Sicherheitsmentalität sind.

Lebenserwartung als Herausforderung

Dank besserer Gesundheit, Wohlstand und Sicherheit wird die Bevölkerung heute viel älter als früher. Männer haben heute eine Lebenserwartung von 74, Frauen von 81 Jahren. Gleichzeitig ging die Geburtenzahl drastisch zurück. So hat sich der Anteil der über 65-Jährigen seit der Einführung der AHV fast verdoppelt, währenddem eine Frau durchschnittlich statt 2,1 noch 1,5 Kinder hat.

Das heisst, dass die Zahl der Erwerbstätigen in der Schweiz sinkt und die Zahl der Pensionierten zunimmt. Es werden weniger Beitragszahler für mehr Rentenbezüger aufkommen müssen. Wir können für die Sicherung der AHV/IV nicht einfach die Lohnbeiträge erhöhen, damit würde die Generationensolidarität überstrapaziert. Wir werden die fehlenden Mittel über Mehrwertsteuerprozente beschaffen müssen.

Enorm zuspitzen wird sich die Lage, wenn in den Jahren 2010 bis 2020 die sog. Baby-Boom-Jahrgänge in den Ruhestand treten werden. Dann werden uns

« Auf einen Knopfdruck können Milliarden um den Globus verschoben werden. »

gleichzeitig jährlich 200 000 Arbeitskräfte fehlen. Ökonomen sagen dann eine Staatsverschuldung von bis zu 200% des Bruttosozialproduktes voraus. Wenn dann rund 50% aller Bürgerinnen und Bürger regelmässige Sozialversicherungsleistungen beziehen, wie es die Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich voraussagt, werden wir auch keine Einsparungen mehr über Gesetzesrevisionen durchsetzen können. Also ist es zwingend, bei den aktuellen Gesetzesrevisionen Einsparungen zu prüfen und auf unnötige Ausbauwünsche zu verzichten. Gleichzeitig müssen wir aber die älteren Arbeits-

kräfte motivieren, länger im Arbeitsprozess zu bleiben. Frühpensionierungen kommen alle teuer zu stehen. Wir müssen die Voraussetzungen schaffen, mit familienexternen Betreuungsmöglichkeiten, familienfreundlichen Schulstrukturen, flexiblen Arbeitszeitmodellen, einem

« Frühpensionierungen kommen alle teuer zu stehen. »

guten Mutterschutz und gezielten Steuererleichterungen, damit Familie und Beruf für die Frauen besser vereinbar werden, denn wir brauchen mehr Mütter. Die generationenübergreifende Solidarität muss dies ermöglichen.

Verantwortungsbewusste Sozialpolitik ist nachhaltige Sozialpolitik

Wir tragen die Verantwortung, dass jenen, die Hilfe brauchen, auch geholfen wird. Wir tragen aber auch die Verantwortung dafür, dass unsere Kinder nicht die Hälfte ihres Verdienstes abliefern müssen. Wir tragen aber auch die Verantwortung, dass wir gute Rahmenbedingungen schaffen für Familien mit Kindern.

Auf Grund dieser Verantwortung wird eines klar: Sozialpolitik darf nicht isoliert betrachtet werden. Weil jeder Franken, der für Renten, Versicherungsleistungen, Kinderzulagen oder Sozialhilfe eingesetzt wird, zuerst an irgendeinem Arbeitsplatz verdient werden muss, hängen Sozial- und Wirtschaftspolitik sehr eng zusammen. ■

Mitarbeiter des Generalsekretariates

Who's who?

Dominique Delaloye

Geburtsdatum:

21. April 1971

Bürgerort:

Riddes (VS)

Wohnort:

Martigny (VS)

Zivilstand:

ledig

Konfession:

Katholisch

Hobbys:

Politik, Musik (directrice du chœur St-Michel à Martigny), Wandern mit meiner Nichte

Ausbildung:

- Ecole normale du Valais romand
- Etudes d'histoire de musicologie à l'université de Fribourg. Prépare actuellement un mémoire de licence sur les protestants en Valais au XIX^e et XX^e.

Meine Aufgabe im GS (seit 1997):

Secrétaire politique romande:

- Contacts avec les partis cantonaux de la Suisse romande et du Tessin
- Secrétariat du Groupe latin
- Service de presse en français

Politik:

- 1993–1996: membre du Conseil général de Martigny
- Depuis 1997: membre du Conseil municipal de Martigny



Präsidiumswechsel bei economiesuisse

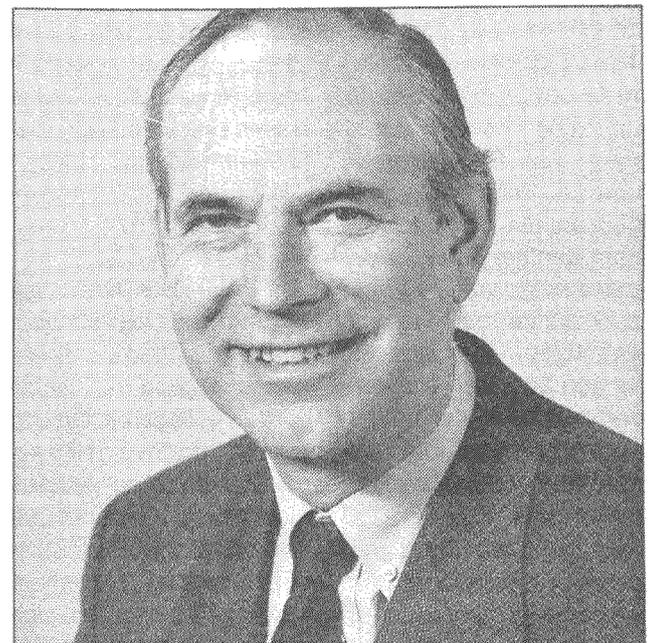
Ueli Forster ist als Nachfolger Leuenbergers vorgeschlagen

Wie bereits angekündigt, gibt Dr. Andres F. Leuenberger nach achtjähriger Amtszeit das Präsidium von *economiesuisse*, dem Verband der Schweizer Unternehmen, ab. Der Vorstandsausschuss des Dachverbandes der Schweizer Wirtschaft hat an seiner gestrigen Sitzung einstimmig beschlossen, Ueli Forster zur Nachfolge von Dr. Leuenberger vorzuschlagen. Die Wahl des neuen Präsidenten wird der Vorstand von *economiesuisse* an seiner Sitzung vom 26. November 2001 vornehmen.

Ueli Forster trat nach Abschluss des Ökonomiestudiums in St. Gallen 1963 in die Forster Willi & Co. AG, ein Familienunternehmen der Textilbranche, ein. Dessen Verwaltungsrat präsidiert er seit 1971. 1992 fusionierte die Firma zur Forster Rohner AG. Das

Unternehmen hat rund 260 Beschäftigte in der Schweiz und 200 im Ausland (Österreich, Spanien, China). Forster hat verschiedene VR-Mandate im Textilbereich und ist Vizepräsident des Verwaltungsrates der Helvetia Patria Holding. Seit Beginn seiner unter-

nehmerischen Tätigkeit hat sich Forster in der regionalen und nationalen Wirtschaftspolitik aktiv engagiert. Unter anderem präsidierte er während mehrerer Jahre den Handels- und Industrieverein St. Gallen, die Industrie- und Handelskammer St. Gallen-Appenzell und Branchenverbände der Textilwirtschaft. 1991 wurde Ueli Forster in die Schweizerische Handelskammer und in den Vorstand des damaligen Vororts gewählt. Seit der Zusammenlegung von Vorort und wf vor einem Jahr ist Forster Vizepräsident von *economiesuisse*.



■ Ueli Forster

100 Mia. Schulden sind «genug»

Schuldenbremse oder «Aus Schaden wird man klüger»

Der Bundesbeschluss über die Schuldenbremse verfolgt zwei Ziele: Das Hauptziel ist, die chronischen (strukturellen) Bundeshaushaltsdefizite zu verhindern. Zum Zweiten soll die Finanzpolitik konjunkturverträglich machen, und zwar so, indem in schlechten Konjunkturlagen Defizite zugelassen werden, während in der Hochkonjunktur Überschüsse erwirtschaftet werden müssen, um die entstandenen Defizite wieder abzutragen. Dies führt über einen ganzen Konjunkturzyklus hinweg zu einem ausgeglichenen Bundeshaushalt.

Von FDP-Ständerat
Peter Briner,
Schaffhausen

Aus gewichtigen Gründen sagen Bundesrat und Parlamentsmehrheit Ja zur Schuldenbremse. Lassen Sie mich diese kurz erläutern.

Aus der Erfahrung lernen

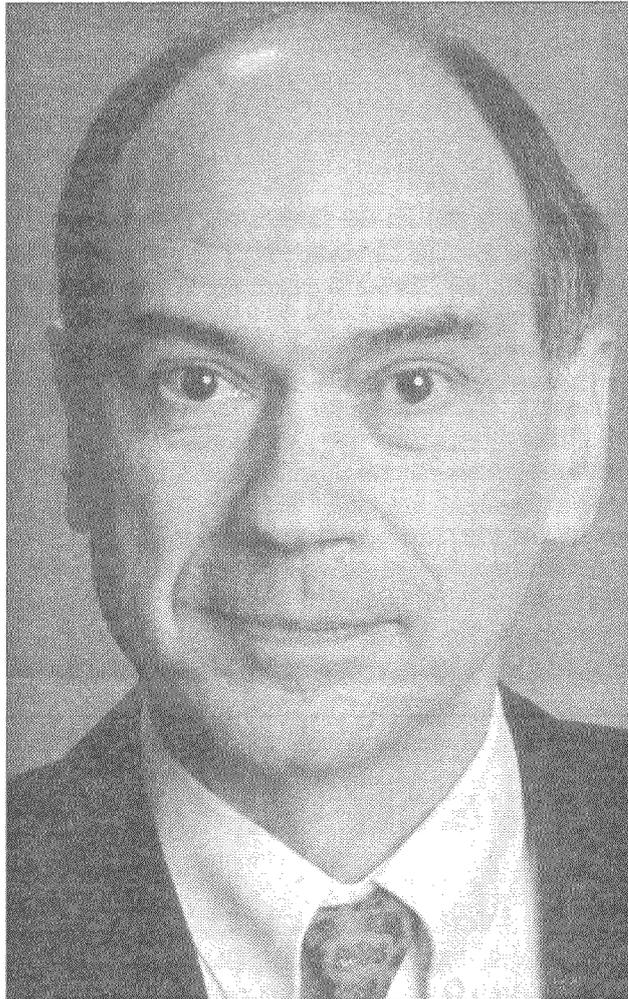
Die fehlende finanzpolitische Disziplin hat in den 80er Jahren den Grundstein für die fatale Defizitwirtschaft in den 90er Jahren gelegt. Diese Defizite sowie die Umstrukturierung und Refinanzierung der Regiebetriebe und Pensionskassen liessen die Schulden inerten weniger Jahre explosionsartig von 40 auf 100 Milliarden Franken ansteigen. Die Zinszahlungen belaufen sich zurzeit auf rund vier Milliarden Franken. Die gemachten Erfahrungen lehren uns, in guten Zeiten haushälterisch mit den verfügbaren Mitteln umzugehen, um nicht erneut in die Schuldenspirale zu geraten.

Gemeinsam Erreichtes erhalten

Die Finanzen sind wieder – oder noch – im Lot. Die ruinöse Schuldenspirale konnte dank dem Haushaltsziel 2001 und der guten Konjunktur gestoppt werden. Dieses Haushaltsziel ist erreicht. Jetzt gilt es, eine dauerhafte Lösung zu treffen. Auch sind die konjunkturbedingten Mehreinnahmen trügerisch. In guten Zeiten soll etwas auf die hohe Kante gelegt werden, damit in schlechten Zeiten darauf zurückgegriffen werden kann. Nur auf diese Weise lassen sich chronische Defizite verhindern.

Versuchungen widerstehen

Seit dem guten Abschluss 2000 sind wir wieder daran, den Pfad der finanziellen Tugend zu verlassen. Begehrlichkeiten reihum machen Neuverpflichtungen und Mindereinnahmen wahrscheinlich, die das Gleichgewicht der Finanzen in hohem Mass gefährden. So werden in drei Sessionen jeweils munter Ausgaben be-



Peter Briner

schlossen, und in der Winter-, der Budgetsession, beklagt man dann das untragbare Ausgabenwachstum.

Nicht mehr ausgeben als einnehmen

Die Schuldenbremse schreibt mit einer einfachen Formel vor, dass der Bund über einen Konjunkturzyklus hinweg nicht mehr ausgeben darf, als er einnimmt. So lässt sich das Erreichte für die Zukunft sichern. Diese Politik stärkt und festigt den Standort Schweiz als so-

zialen Lebensraum, als Dienstleistungs- und Werkplatz sowie als Ort der politischen und volkswirtschaftlichen Stabilität.

Was sagen die Gegner?

Da gibt es erstens die ausgabenorientierten «Wohltäter», die für die Einführung neuer Staatsaufgaben und die Steuerung des Staates überhaupt keine finanziellen Fesseln wollen. Und dann gibt es die andern, nicht selten «Ur-Liberale», die sich ihrer Budgethoheit beraubt sehen

und von «Selbstverstümmelung» reden. – Dazu ist zu sagen, dass es zwei Verfassungsvorschriften gibt, wonach erstens die Ausgaben und Einnahmen mittelfristig ausgeglichen zu sein haben und zweitens der Bilanzfehlbetrag abzutragen sei. Um diese Verfassungsbestimmungen hat man sich in der Vergangenheit offensichtlich schnöde foutiert. Nun kann die Budgethoheit des Parlamentes ja nicht bedeuten, dass auf andere Verfassungsartikel kurzerhand zu pfeifen ist. – Was für jede gesunde Unternehmung, ja für jeden Privathaushalt gilt, nämlich dass man sich selbst einen Rahmen gibt und sich erst noch an diesen halten muss, soll auch für die öffentliche Hand gelten. Dies ist mit Verlaub keine Selbstverstümmelung, sondern erhöht im Gegenteil den Handlungsspielraum des Parlaments in der Zukunft.

Einfaches Fazit

Die Schuldenbremse verhindert chronische Defizite. Sie lässt Defizite – nur in der Rezession – zwar zu, fordert dagegen Überschüsse bei guter Konjunktur und ermöglicht damit eine nachhaltige Finanzpolitik, die unserem Land und damit letztlich uns allen zugute kommt. Wer kann da im Ernst dagegen sein? ■

Politische Schlagworte versus Realitäten

«Für eine gesicherte AHV – Energie statt Arbeit»

Bundesrat Villiger hat im Frühjahr 2000 festgehalten, dass in Sachen «Steuern» heute offensichtlich alles in Bewegung ist. In den vergangenen Monaten wurde der Finanzminister gar noch konkreter und stellte fest: «Manchmal hat man steuerpolitisch gar den Eindruck, dass die Rechte nicht weiss, was die Linke tut.»

Von Nationalrat Peter Weigelt, FDP St.Gallen (Präsident Kunststoff-Verband Schweiz, KVS)

Über Interessenvertretung wirtschaftliche Praxis einbringen

Wie es sich gehört, möchte ich an dieser Stelle meine Interessenbindung bekanntgeben, stehe ich doch als Präsident dem Kunststoff-Verband Schweiz (KVS) vor, also einer Branche, welche in hohem Masse auf den Produktionsfaktor «Energie» angewiesen ist. Einer Branche aber auch, die als eine der wenigen in der Schweiz in den letzten Jahren mit steigenden Exportzahlen und steigenden Beschäftigungszahlen glänzen konnte.

Mit einer zusätzlichen Belastung der Ressource «Energie» würde diese hart erkämpfte Wettbewerbsposition der schweizerischen Kunststoffindustrie und der mit ihr verbundenen rund 40 000 Arbeitsplätze direkt oder indirekt gefährdet. Doch nicht erst die Annahme der Initiative hätte negative Konsequenzen. Leider muss ich aus zahlreichen persönlichen Gesprächen heute feststellen, dass sich schon die endlosen Forderungen nach neuen Energieabgaben und die sich damit abzeichnenden zusätzlichen Belastungen negativ auf anstehende Investitionsentscheide auswirken. Kurz, die unendliche Geschichte unter dem Titel «neue Energieabgaben» leistet der Verlagerung von Produktionskapazitäten ins Ausland Vorschub. In diesem Sinne wäre es wünschbar und klug gewesen, wenn



Peter Weigelt

die Initianten aus der Abstimmung vom Herbst 2001 ihre Konsequenzen gezogen und die anstehende Initiative zurückgezogen hätten.

Es ist absolut widersinnig und grotesk, wenn dieselben Politikerinnen und Politiker, die sich als Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitnehmer und als Garanten der Vollbeschäftigung feiern lassen, heute Energiesteuern durchboxen wollen, welche gerade Wachstumsbranchen in ihrer Entwicklung abwürgen. Offensichtlich weiss bei der Linken, um bei den Worten von Bundesrat Villiger zu bleiben, die Linke nicht was die Linke tut.

Schlagworte versus wirtschaftliche Realität

Aus Sicht der Wirtschaft wie auch aus ordnungspolitischer Sicht muss aber auch bezüglich der beschönigenden Formulierungen wie Staatsquoten- oder Aufwandneutralität mit Vehemenz entgegengetreten werden. Denn was nützt es einem energieintensiven,

der Allgemeinheit wenig sinnvoll. Denn Energieabgaben, wie immer sie auch ausgestaltet sind, führen zwangsläufig zu einer weiteren Erosion unserer produktiven Wettbewerbsfähigkeit und treffen damit gerade jene Branchen und Betriebe, die unserer Volkswirtschaft die industriellen Arbeitsplätze der Zukunft gewährleisten müssen.

Als Nationalrat wie auch als Präsident einer energieintensiven, wachstumsorientierten und zukunfts-fähigen Branche rufe ich daher die Parteien und die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger am kommenden 2. Dezember auf, in der Steuerpolitik im Allgemeinen und in der Energiepolitik im Besonderen Mass zu halten. Denn wir setzen mit unserer Gier nach staatlicher Lenkung und steuerlicher Abschöpfung zu viel aufs Spiel, was später nicht mehr gutgemacht werden kann oder zumindest auf lange Zeit verloren ist. ■

rationalisierten Industriebetrieb, wenn über seine «staatsquotenneutralen» Energieabgaben neue staatliche Leistungen geschaffen werden? Das Resultat ist eine Umverteilung vom 2. in den 3. Sektor unserer Volkswirtschaft, also eine Umverteilung von der produzierenden Wirtschaft in den Dienstleistungssektor. Diese Umschichtung ist aber weder aus Sicht der Arbeitnehmerschaft noch aus Sicht der Wirtschaft wünschbar und damit natürlich auch aus Sicht

Anzeige



Klinik Landhaus Aadorf

Fachklinik für Psychotherapie

Begleitung aus Krisen:

Fach-Therapeutinnen behandeln folgende Indikationen in unserer Klinik:

- ⇒ Leichte Suchterkrankungen
- ⇒ Burn out
- ⇒ Depressionen
- ⇒ Beziehungsstörungen

Unsere Klinik ist auf privat / halb-privat wie auch allgemein-versicherte Patienten ausgerichtet. Wir sind auf der Spitalliste A und somit von den Krankenversicherern anerkannt. Rufen Sie uns doch einfach an und vereinbaren Sie ein unverbindliches Informationsgespräch.

Dr. Hans König, Facharzt für Psychiatrie FMH und Psychotherapie
Tel. 052 365 35 22, Fax 052 365 30 66 www.klinik-landhaus.ch

Obwohl wir im Vorfeld der Abstimmung über die Initiative «Für eine gesicherte AHV – Energie statt Arbeit besteuern» vordergründig eine Energiedebatte führen, kommt dem erwähnten Zitat unseres Finanzministers mit Blick auf den 2. Dezember durchaus Bedeutung zu. Denn letztlich zielt das Begehren der Initianten auf eine zusätzliche Abschöpfung des bestehenden Steuersubstrats ab. Daran ändern auch verharmlosende Schlagwörter wie «Aufwand- und Staatsquotenneutralität» oder «Lenkungscharakter» nichts. Am 2. Dezember geht es um eine neue Steuer, denn unter dem Strich verbleibt – vor allem für die produzierende Wirtschaft – eine Mehrbelastung, die in der heutigen Zeit kaum und in der Zukunft wohl gar nicht mehr verkraftet werden kann.



Eiger, Mönch und Jungfrau können zwar nicht unter den höchsten Schweizer Bergen eingereicht werden, gleichwohl gehört das Dreigestirn zu den meistfotografierten der Schweizer Alpen.

Präsidentialer Wanderkalender

Wissenswerte Daten und Fixpunkte der FDP-Kantone

Im Vorfeld der 100-Jahr-Feier der FDP Thurgau, im Jahre 1990, erforschte die damalige Vizepräsidentin der Kantonalpartei, Marianne Krämer-Flury, die Gründungsjahre sämtlicher FDP-Kantonalparteien. Dies war für Marianne Krämer nicht genug. Im Wissen, dass der seinerzeitige Präsident der FDP Schweiz, Nationalrat Franz Steinegger, ein begeisterter Alpinist ist, hielt sie auch den höchsten Punkt des jeweiligen Kantons fest. Immer mit dem Hintergedanken, dass sich Franz Steinegger zum Ziel setzt, die höchsten Punkte aller Kantone zu erklimmen. In der Dezemberausgabe können unsere Leser erfahren, welche dieser Gipfel Franz Steinegger schon begangen beziehungsweise erklommen hat.



Kanton	Gründungs-jahr	Nächstes Jubeljahr	Alter im Jubeljahr	Höchster Punkt	Höhe
Zürich	1899	2024	125 Jahre	Schnebelhorn	1293 m
Bern	1889	2014	125 Jahre	Finsteraarhorn	4276 m
Luzern	1831	2006	175 Jahre	Brienzer Rothorn	2350 m
Uri	1912	2012	100 Jahre	Dammastock	3630 m
Schwyz	1833	2008	175 Jahre	Bös Fulen	2801 m
Obwalden	1911	2011	100 Jahre	Titlis	3200 m
Nidwalden	1902	2002	100 Jahre	Ruchstock	2814 m
Glarus	1920	2020	100 Jahre	Tödi	3614 m
Zug	1837	2012	175 Jahre	Wildspitz	1580 m
Freiburg	1894	2019	125 Jahre	Vanil Noir	2389 m
Solothurn	1830	2005	175 Jahre	Hasenmatt	1445 m
Basel-Stadt	1894	2019	125 Jahre	St. Chrischona	522 m
Baselland	1919	2019	100 Jahre	Hintere Egg	1169 m
Schaffhausen	1904	2004	100 Jahre	Hagenturm	912 m
Appenzell A.-Rh.	1919	2019	100 Jahre	Säntis	2502 m
St. Gallen	1890	2015	125 Jahre	Ringelspitz	3209 m
Graubünden	1868	2018	150 Jahre	Piz Bernina	4049 m
Aargau	1896	2021	125 Jahre	Geissfluhgrat	908 m
Thurgau	1890	2015	125 Jahre	Hohgrat	996 m
Tessin	1894	2019	125 Jahre	Rheinwaldhorn	3402 m
Waadt	1845	2020	175 Jahre	Les Diablerets	3209 m
Oberwallis	1979	2004	25 Jahre	Dufourspitze	4634 m
Unterwallis	1849	2024	175 Jahre	Dufourspitze	4634 m
Neuenburg	1848	2023	175 Jahre	Mt. Chuffort	1528 m
Genf	1841	2016	175 Jahre	Monniaz	517 m
Jura	1975	2025	50 Jahre	Raimeux	1302 m

**GESPART
UND WEGGESTEUERT**

**NEIN zur Gefähr-
dung der privaten
Vorsorge.**

NEIN
ZUR SCHÄDLICHEN
KAPITALGEWINN-
STEUER

2. Dezember 2001

Jungpolitiker aus ganz Europa

Demokratie als Herausforderung für das Europa der Zukunft

Fünzig junge liberale Politiker aus ganz Europa tagten in St. Gallen vom 16. bis 21. Oktober 2001 an einem politischen Seminar zur Demokratieentwicklung in Europa. Dabei wurden primär Demokratiedefizite innerhalb und ausserhalb der Europäischen Union diskutiert und mögliche Lösungsansätze erarbeitet. Des Weiteren wurden an der Delegiertenversammlung von LYMEC, der Dachorganisation der jungliberalen Parteien Europas, wichtige Weichenstellungen für die Zusammenarbeit der stetig zunehmenden Anzahl Mitgliedorganisationen vorgenommen.

Von Martin Kuhn,
Präsident Jungfreisinnige
Kanton St. Gallen

Während vier Tagen widmeten sich liberale Politiker aus ganz Europa in St. Gallen dem Thema Demokratie, in zahlreichen Workshops und Referaten wurde auf das Thema «Challenge Democracy – Herausforderung Demokratie» eingegangen. Hö-

hepunkt der Woche stellte zweifellos die Rede des dänischen Europaparlamentsmitglieds Ole Andreasen dar, er ging in seinen Ausführungen und der anschliessenden Diskussionsrunde ausführlich auf die Bestrebungen der Europäischen Union ein, die Kommunikation zu den Bürgern der aktuellen und zukünftigen Mitgliedländer zu verbessern.

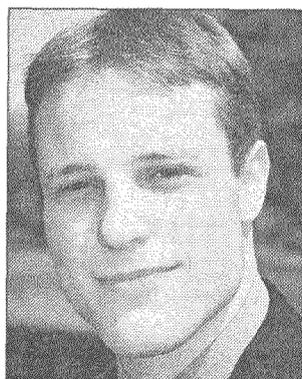
Die Schweiz als Vorbild

Besonderes Augenmerk galt während der gesamten Woche dem direktdemokratischen Modell der Schweiz. Nebst den Präsidenten der JF Schweiz (Daniel Helfenfinger) und der JF St. Gallen (Martin Kuhn) hielt der St. Galler Kommunikationsberater Dr. Sven Bradke ein Referat zum Thema «Politische Kampagnen in der Schweiz». Über die Schilderungen von regelmässig stattfindenden Urnengängen war eine Grosszahl der Teilnehmer sehr erstaunt, die vorgestellten Initiativ- und Referendumsvorlagen wurden teilweise diskutiert.

Die aktive Partizipationsmöglichkeit aller Stimmbürger der Schweiz wurde durchaus als positiv gewertet, die teilweise tiefe Stimmbeteiligung an Abstimmungen und die von vielen Teilnehmern geäusserten Bedenken über die Verlangsamung und teilweise Verunmöglichung von «politischen Fortschritten» hingegen als Nachteil aufgefasst.

Demokratiedefizit in der EU

In der verabschiedeten Resolution wird auf bestehende Demokratiedefizite in der Europäischen Union hingewiesen. Die Tatsache, dass die wichtigsten Entscheidungen in der EU momentan vom Ministerrat und nicht von der eigentlichen Legislative, dem Europäischen Parlament, gefällt werden, wird als Hauptgrund für die teil-



Martin Kuhn

weise schlechte Akzeptanz des Europaparlaments bei den Stimmbürgern angesehen. Des Weiteren sei die EU-Verwaltung oft noch nicht fähig, auf Anliegen der Stimmbürger direkt einzugehen. In diesem Punkt ist die Schweiz wiederum als Vorbild zu nennen.

Strukturänderungen bei LYMEC

An der auf der Schwägalp stattfindenden Delegiertenversammlung von LYMEC, dem sogenannten Executive Committee Meeting, standen nebst den regulären statuarischen Punkten wichtige Strukturänderungen im Mittelpunkt des Treffens. Die sich traditionell auf den EU-Raum konzentrierende Dachorganisation hat in den letzten Jahren bereits zahlreiche Jungparteien aus Nicht-EU-Staaten als Vollmitglieder aufgenommen und soll sich jetzt aufgrund der Resultate der Diskussionen allen liberalen Jungparteien aus ganz Europa öffnen. Dies wird den Jungfreisinnigen Schweiz eine Vollmitgliedschaft und somit eine di-

rekte Mitbestimmung in allen Organen der Organisation ermöglichen.

Des Weiteren soll auch Einzelpersonen in Zukunft die Möglichkeit gegeben werden, direkt bei LYMEC Mitglied zu werden. Diese Bestrebungen werden im Hinblick auf einen zukünftigen Umbau der Dachorganisation hin zu einer gesamteuropäischen jungliberalen Partei getätigt. Die damit verbundenen Statutenänderungen werden am nächsten LYMEC-Kongress von Ende März in Rumänien den Mitgliedorganisationen zur Verabschiedung unterbreitet.

Informationen zu internationalen liberalen Organisationen

Auf den Websites von LYMEC (Liberal and Radical Youth Movement of the European Union, die europäische Dachorganisation der Jungfreisinnigen Schweiz), www.lymec.org, ELDR (European Liberal Democrats, die europäische Dachorganisation der FDP Schweiz), www.eldr.org, IFLRY (International Federation of the Liberal and Radical Youth), www.iflry.org, und der Jungfreisinnigen Schweiz, www.jungfreisinnige.ch, finden sich zahlreiche weitere Informationen und Kontaktadressen zu (jung)liberalen Organisationen weltweit. ■

Anzeige


MS HANSEATIC ★ ★ ★ ★ ★
Baujahr 1993, 9000 BRZ, max. 184 Passagiere

Antarktis

4. bis 20. Dezember 2001
Santiago de Chile – Falkland-Inseln – Antarktische Halbinsel – Süd-Shetland-Inseln – Kap Horn – Beagle-Kanal – Punta Arenas – Santiago de Chile

Preis pro Person in Zweibett-Aussenkabine
inkl. Linienflügen ab/bis Frankfurt ab € 6013.–

MCCM-Bonus für Sie: 5% «Entdeckerrabatt»

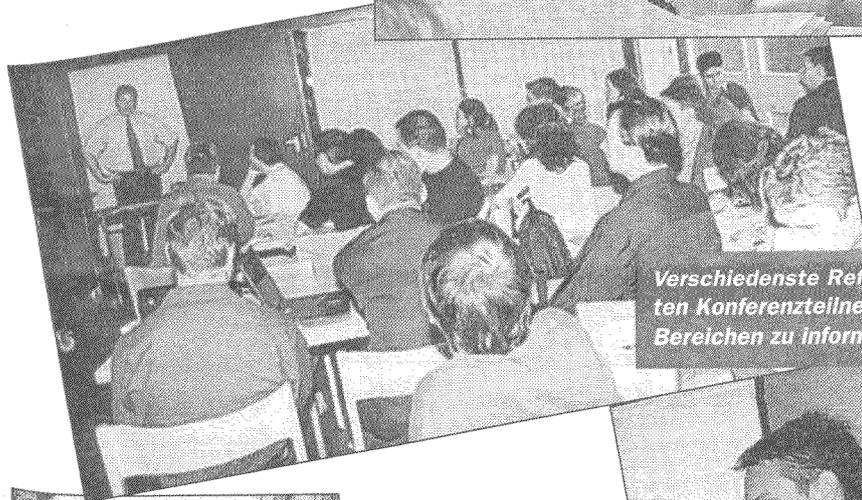
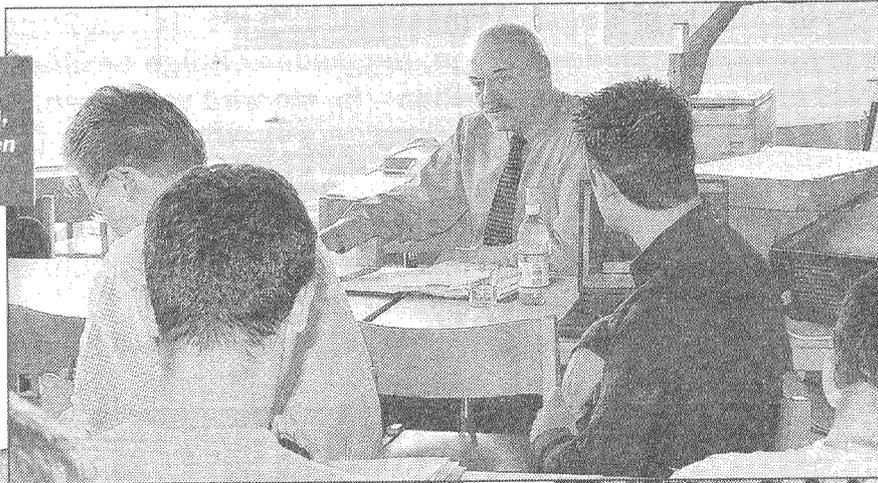
 Hapag-Lloyd
Kreuzfahrten

Generalvertretung Schweiz
MCCM MASTER CRUISES
Chr. Möhr AG, Fällanden ZH

Tel. 01/825 20 50, Fax 01/825 31 41
neu: MCCM-Beratungs- und Buchungs-Büro
auch mitten in Zürich:
Nüscherstrasse 35, 3. Stock, 10 Min. vom HB
Öffnungszeiten: Di, Mi, Do von 9.00 bis 18.00 Uhr

Die 50 Jungpolitiker lernten auch die Stadt St. Gallen und ihre Umgebung kennen

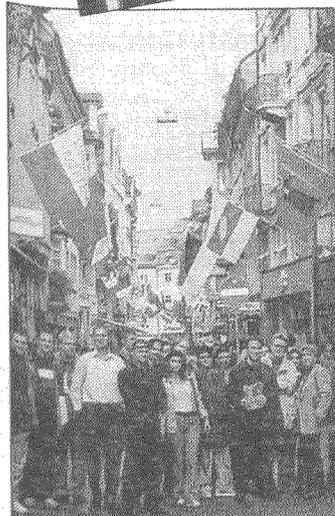
Der Dane Ole Andreasen, Mitglied der Europaparlamentes, hatte es mit einer aufmerksamen Zuhörerschaft zu tun.



Verschiedenste Referenten verstanden es, die interessierten Konferenzteilnehmer in den unterschiedlichsten Bereichen zu informieren.

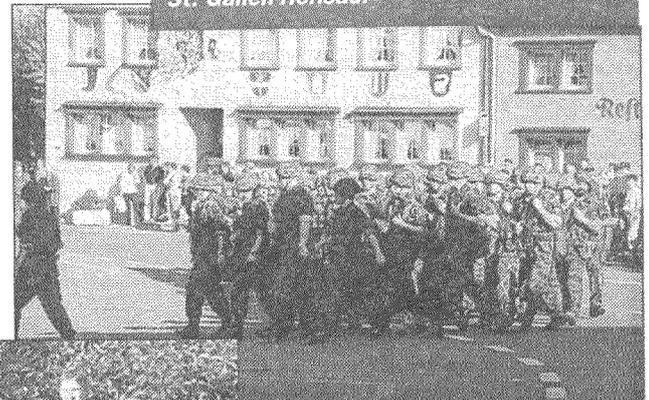


In Herisau trafen die Teilnehmer auf einen Zug der Infanterie-Rekrutenschule St. Gallen-Herisau.



Ein Rundgang durch die St. Galler Altstadt zeigte auf, dass die Ostschweizer Metropole auch im kulturellen Bereich einiges zu bieten hat.

Die „gute Seele“ des ganzen Anlasses war Martin Kuhn, Präsident der Jungfreisinnigen des Kantons St. Gallen.



Nicht nur die politischen Ergebnisse und die guten Kontakte werden den jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmern in Erinnerung bleiben, sondern auch das schöne Wetter.



Jungpolitiker aus ganz Europa

Demokratie als Herausforderung für das Europa der Zukunft

Fünzig junge liberale Politiker aus ganz Europa tagten in St. Gallen vom 16. bis 21. Oktober 2001 an einem politischen Seminar zur Demokratieentwicklung in Europa. Dabei wurden primär Demokratiedefizite innerhalb und ausserhalb der Europäischen Union diskutiert und mögliche Lösungsansätze erarbeitet. Des Weiteren wurden an der Delegiertenversammlung von LYMEC, der Dachorganisation der jungliberalen Parteien Europas, wichtige Weichenstellungen für die Zusammenarbeit der stetig zunehmenden Anzahl Mitgliedorganisationen vorgenommen.

Von Martin Kuhn,
Präsident Jungfreisinnige
Kanton St. Gallen

Während vier Tagen widmeten sich liberale Politiker aus ganz Europa in St. Gallen dem Thema Demokratie, in zahlreichen Workshops und Referaten wurde auf das Thema «Challenge Democracy – Herausforderung Demokratie» eingegangen. Hö-

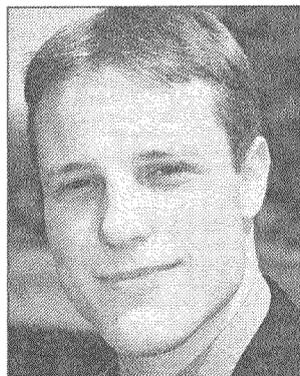
hepunkt der Woche stellte zweifellos die Rede des dänischen Europaparlamentsmitglieds Ole Andreasen dar, er ging in seinen Ausführungen und der anschliessenden Diskussionsrunde ausführlich auf die Bestrebungen der Europäischen Union ein, die Kommunikation zu den Bürgern der aktuellen und zukünftigen Mitgliedländer zu verbessern.

Die Schweiz als Vorbild

Besonderes Augenmerk galt während der gesamten Woche dem direktdemokratischen Modell der Schweiz. Nebst den Präsidenten der JF Schweiz (Daniel Helfenfinger) und der JF St. Gallen (Martin Kuhn) hielt der St. Galler Kommunikationsberater Dr. Sven Bradke ein Referat zum Thema «Politische Kampagnen in der Schweiz». Über die Schilderungen von regelmässig stattfindenden Urnengängen war eine Grosszahl der Teilnehmer sehr erstaunt, die vorgestellten Initiativ- und Referendumsvorlagen wurden teilweise diskutiert. Die aktive Partizipationsmöglichkeit aller Stimmbürger der Schweiz wurde durchaus als positiv gewertet, die teilweise tiefe Stimmbeteiligung an Abstimmungen und die von vielen Teilnehmern geäusserten Bedenken über die Verlangsamung und teilweise Verunmöglichung von «politischen Fortschritten» hingegen als Nachteil aufgefasst.

Demokratiedefizit in der EU

In der verabschiedeten Resolution wird auf bestehende Demokratiedefizite in der Europäischen Union hingewiesen. Die Tatsache, dass die wichtigsten Entscheidungen in der EU momentan vom Ministerrat und nicht von der eigentlichen Legislative, dem Europäischen Parlament, gefällt werden, wird als Hauptgrund für die teil-



Martin Kuhn

weise schlechte Akzeptanz des Europaparlaments bei den Stimmbürgern angesehen. Des Weiteren sei die EU-Verwaltung oft noch nicht fähig, auf Anliegen der Stimmbürger direkt einzugehen. In diesem Punkt ist die Schweiz wiederum als Vorbild zu nennen.

Strukturänderungen bei LYMEC

An der auf der Schwägalp stattfindenden Delegiertenversammlung von LYMEC, dem sogenannten Executive Committee Meeting, standen nebst den regulären statuarischen Punkten wichtige Strukturänderungen im Mittelpunkt des Treffens. Die sich traditionell auf den EU-Raum konzentrierende Dachorganisation hat in den letzten Jahren bereits zahlreiche Jungparteien aus Nicht-EU-Staaten als Vollmitglieder aufgenommen und soll sich jetzt aufgrund der Resultate der Diskussionen allen liberalen Jungparteien aus ganz Europa öffnen. Dies wird den Jungfreisinnigen Schweiz eine Vollmitgliedschaft und somit eine di-

rekte Mitbestimmung in allen Organen der Organisation ermöglichen.

Des Weiteren soll auch Einzelpersonen in Zukunft die Möglichkeit gegeben werden, direkt bei LYMEC Mitglied zu werden. Diese Bestrebungen werden im Hinblick auf einen zukünftigen Umbau der Dachorganisation hin zu einer gesamteuropäischen jungliberalen Partei getätigt. Die damit verbundenen Statutenänderungen werden am nächsten LYMEC-Kongress von Ende März in Rumänien den Mitgliedorganisationen zur Verabschiedung unterbreitet.

Informationen zu internationalen liberalen Organisationen

Auf den Websites von LYMEC (Liberal and Radical Youth Movement of the European Union, die europäische Dachorganisation der Jungfreisinnigen Schweiz), www.lymec.org, ELDR (European Liberal Democrats, die europäische Dachorganisation der FDP Schweiz), www.eldr.org, IFLRY (International Federation of the Liberal and Radical Youth), www.iflry.org, und der Jungfreisinnigen Schweiz, www.jungfreisinnige.ch, finden sich zahlreiche weitere Informationen und Kontaktadressen zu (jung)liberalen Organisationen weltweit. ■

Anzeige



MS HANSEATIC ★★★★★
Baujahr 1993, 9000 BRZ, max. 184 Passagiere

Antarktis

4. bis 20. Dezember 2001
Santiago de Chile – Falkland-Inseln – Antarktische Halbinsel – Süd-Shetland-Inseln – Kap Horn – Beagle-Kanal – Punta Arenas – Santiago de Chile

Preis pro Person in Zweibett-Aussenkabine
inkl. Linienflügen ab/bis Frankfurt ab € 6013.–

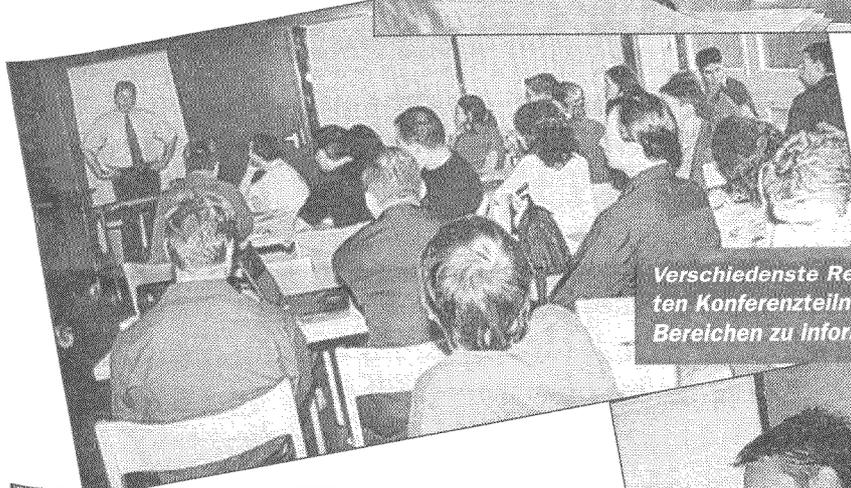
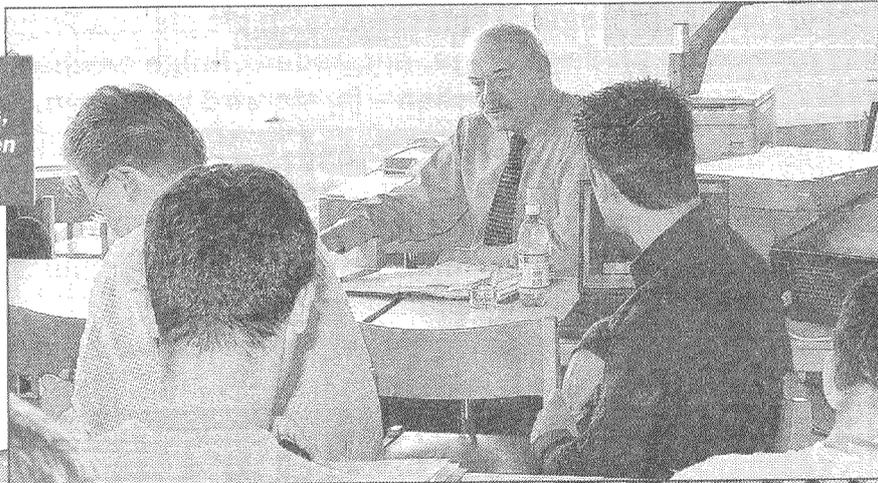
MCCM-Bonus für Sie: 5% «Entdeckerrabatt»

 Hapag-Lloyd Kreuzfahrten
Generalvertretung Schweiz
MCCM MASTER CRUISES
Chr. Möhr AG, Fällanden ZH

Tel. 01/825 20 50, Fax 01/825 31 41
neu: MCCM-Beratungs- und Buchungs-Büro
auch mitten in Zürich:
Nüscherstrasse, 35, 3. Stock, 10 Min. vom HB
Öffnungszeiten: Di, Mi, Do von 9.00 bis 18.00 Uhr

Die 50 Jungpolitiker lernten auch die Stadt St. Gallen und ihre Umgebung kennen

Der Däne Ole Andreasen, Mitglied der Europaparlamentes, hatte es mit einer aufmerksamen Zuhörerschaft zu tun.



Verschiedenste Referenten verstanden es, die interessierten Konferenzteilnehmer in den unterschiedlichsten Bereichen zu informieren.

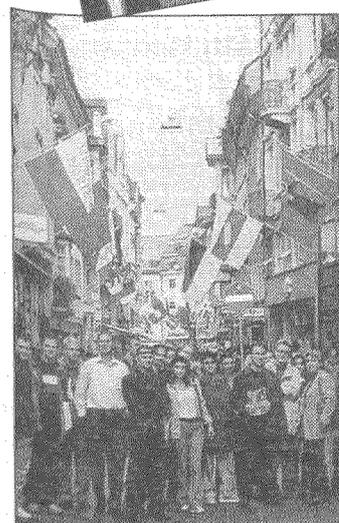


In Herisau trafen die Teilnehmer auf einen Zug der Infanterie-Rekrutenschule St. Gallen-Herisau.

Die „gute Seele“ des ganzen Anlasses war Martin Kuhn, Präsident der Jungfreisinnigen des Kantons St. Gallen.



Ein Rundgang durch die St. Galler Altstadt zeigte auf, dass die Ostschweizer Metropole auch im kulturellen Bereich einiges zu bieten hat.



Nicht nur die politischen Ergebnisse und die guten Kontakte werden den jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmern in Erinnerung bleiben, sondern auch das schöne Wetter.

Kostengünstiger Drucksachen-Einkauf

Geld, das wir bei den festen Kosten einsparen, tut nicht weh

Sei es vor oder nach Wahlen und Veranstaltungen, immer stellt sich die gleiche Frage: Wie finanzieren wir das Ganze? Es gibt verschiedene Antworten auf diese Frage. Mitgliederbeiträge erhöhen, Sponsoren suchen usw. Von der einfachsten Methode wird aber selten gesprochen – ja, sie wird vergessen. Sparen! Ein echt freisinniges Anliegen.

Dies geht am einfachsten, wenn wir z. B. gemeinsam Drucksachen einkaufen. Dies bringt nicht nur uns Vorteile. Auf diese Art müssen nicht Hunderte von Druckereien in der ganzen Schweiz für Kleinstauflagen Offerten berechnen. Mit einer Grossauflage haben beide Teile einen anständigen Preis!

Wir rufen darum alle Kantonal-, Bezirks-, Kreis- und Ortsparteien der FDP Schweiz auf, den gemeinsamen

Drucksachen-Einkauf zu nutzen!

Dabei gehen wir von einem Gesamtbedarf von 500 000 Exemplaren aus. Auf Grund dieser Zahl sind auch die nachstehenden 1000er-Preise zu verstehen. Sollten wir diese Zahl bis **Ende November 2001** nicht erreichen, werden sich diese Preise geringfügig erhöhen.

Art. 1 1000	A4-Vordrucke	mit dem FDP-Logo (Druck: rot/blau)	Fr. 38.–*
Art. 2 1000	C5-Couverts	mit dem FDP-Logo (Druck: rot/blau)	Fr. 50.–*
Art. 3 1000	C5-Couverts	mit Fenster links oben, unbedruckt	Fr. 40.–*

(Absender des Briefbogens ist im Fenster ersichtlich; darum unbedruckt)

Die Drucksachen werden inkl. Rechnung direkt an die Besteller geschickt. * exkl. MWSt und Versandkosten.

Mit freundlichen Grüßen
Generalsekretariat FDP Schweiz
Neuengasse 20, 3001 Bern

Bestellung

Bitte bis 30. November 2001

an FDP Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern

Wir bestellen folgende Drucksachen (1000er-Einheiten):

Art. 1 Exemplare

Art. 2 Exemplare

Art. 3 Exemplare

Die Drucksachen (inkl. Rechnung) sind zu senden an:

Parteiename:

Name des Empfängers:

Strasse:

PLZ/Ort:

Datum:

Unterschrift:

Exklusive 4-Tage-Reise zum Uno-Hauptsitz

VIP-Kontakte im Uno-Generalsekretariat

Die von Ständerätin Erika Forster-Vannini präsidierte Gesellschaft Schweiz – Vereinte Nationen (GSVN) plant seit letztem Sommer in enger Zusammenarbeit mit der Schweizer Mission in New York und dem Uno-Generalsekretariat eine geführte Reise zum Uno-Hauptsitz nach New York. Die Leitung liegt bei alt Ständerat Professor René Rhinow.

Auf Wunsch von verschiedenen Seiten soll diese sehr informative Reise bei genügender Nachfrage trotz den schrecklichen Terroranschlägen vom 11. September durchgeführt werden.

Reisedaten

Die Reise ist geplant für Samstag bis Dienstag, 26.–29. Januar 2002, mit Rückkehr am Mittwochvor-

mittag, 30. Januar 2002. Das demnächst vorliegende detaillierte Programm wird exklusive VIP-Kontakte im Uno-Generalsekretariat, mit wichtigen Uno-Organisationen sowie mit Vertretungen neutraler Uno-Mitgliedländer vorsehen.

Kosten für Reise und Unterkunft in zentral gelegenen Hotel (Basis Linienflug, Taxen und Übernachtung im Doppelzimmer). Es ist mit Kosten pro Person von rund Fr. 1400.– zu rechnen (Einzelzimmerzuschlag ca. Fr. 560.–). Die Teilnehmerzahl ist begrenzt.

Interessenten sind um Kontaktnahme bis spätestens Freitag, 30. November 2001, gebeten!

Sie erhalten detaillierte Angaben zur Reise im Sekretariat GSVN, Postfach 6255, 3001 Bern, oder per Fax (031) 320 19 10.

Mitgliedschaft GSVN

Wer Mitglied der Gesellschaft Schweiz – Vereinte Nationen (GSVN) werden will, wende sich bitte an das Sekretariat GSVN, Postfach 6255, 3001 Bern, Fax (031) 320 19 10, info@uno-ch.org. Jahresbeitrag: Fr. 40.–, für Studenten, Lehrlinge und AHV-Bezüger Fr. 20.–. ■

Vizepräsident des SGV

Edi Engelberger folgt auf BR Schmid

Edi Engelberger, Nationalrat und Präsident des FDP-Ausschusses Sicherheitspolitik, Stans (NW), ist von der Gewerbe- und Handelskammer einstimmig zum Vizepräsidenten des Schweizerischen Gewerbeverbandes (SGV) gewählt worden. Edi Engelberger tritt damit die Nachfolge von Bundesrat Samuel Schmid an. Der «Freisinn» gratuliert Edi Engelberger zu seiner glanzvollen Wahl.



Anzeige

bis 80 Personen

CH'bouchee
Chinoise-, Bourguignonne-, Cheese Fondues

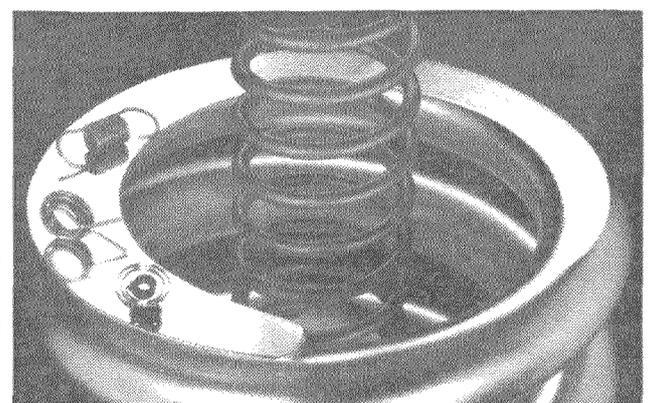
SPYCHER FONDUE-HOUSE

Eisengasse 15 ▲ 6004 Luzern ☐ Switzerland

天香樓

▲ Phone +41-41-412 37 37 ▲
▲ Fax +41-41-410 43 53 ▲
▲ e-mail restaurant@fondue-house.ch
▲ www.fondue-house.ch

Weltweit federführend...



...in Technologie, Qualität und Partnerschaft...

BAUMANN FEDERN AG
Postfach
CH-8630 Rüti/Schweiz
Tel. 055/2868 111
Fax 055/2868 511



**SUISSE
NON**

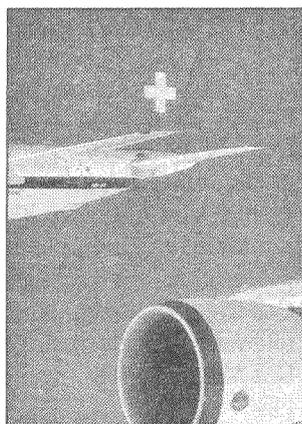
Ja Oui Si

GESELLSCHAFT SCHWEIZ UNO / ASSOCIATION SUISSE-ONU
www.uno-ch.org

Swissair-Schock, ein Spiegel der Schweiz

Das Personal ist der tragende Teil jedes Unternehmens

Die enorme Grösse der Swissair – Zehntausende von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, über ein Dutzend Milliarden Franken Schulden – lässt fast vergessen, dass auch die Swissair ein ganz normales Unternehmen ist. Tragender Teil jeder Unternehmung ist ihr Personal, das Wissen und Können, das Know-how derjenigen, welche die Leistungen erbringen. Wenn deshalb ein Unternehmen in Bedrängnis gerät und gar in seiner Existenz bedroht ist, werden sich alle diese Beteiligten – oder ihre Vertreter – gemeinsam überlegen, was getan werden kann, was jede und jeder dazu beitragen könnte, damit die Leistungen weiterhin erbracht werden können und das Unternehmen weiterleben kann.



sprechers, des Gewerkschaftssekretärs, in seinen häufigen Fernsehauftritten eher das Gegenteil vermuten: Kampf «alle gegen alle» auf allen Ebenen anstatt zusammenstehen. Kein Vorschlag zu Lösungen. Kein Versuch, kein Ansatz, selbst etwas beizutragen, war zu vernehmen. Nur Forderungen wurden erhoben. Mangelnde Information wurde vorgeworfen, obwohl offensichtlich war, dass zwar Lösungen gesucht, aber nicht gefunden wurden.

Gute Ideen können auf allen Ebenen entstehen. Oft ist dazu Sachkenntnis nötig. Auf höchster Ebene ist diese nicht mehr vorhanden, seit dort nur mehr Management-Qualitäten gefragt sind. Umso wichtiger wird damit gemeinsames Suchen von Lösungen.

Desolater Zustand

Alles in allem offenbarte sich das Unternehmen in einem desolaten Zustand. Aber auch die Reaktionen in der Öffentlichkeit waren nicht die eines gesunden, selbstbewussten Gemeinwesens:

Wenn ein Boot auf hoher See zu sinken droht, weil Wasser eindringt, wird man vermutlich zuerst versuchen, den Mangel zu korrigieren. Und erst wenn das Problem bewältigt ist, in zweiter Linie also, wird man den Schuldigen suchen. Nicht so in der Schweiz: Kaum stand die Katastrophe – so darf man wohl sagen – fest, wurden bereits Sündenböcke gefunden und angeprangert; meist Sündenböcke, die für die verschiedenen Gruppen von vornherein feststanden: Die Banken, einzelne Persönlichkeiten aus dem politischen Bereich usw.

Natürlich muss der Schuldfrage nachgegangen werden. Dabei genügt es aber nicht, nur die jüngsten Entscheide heranzuziehen. Wie sich nun zeigt, führten frühere Entscheide zu Zwängen und mündeten in einer «Katastrophe» – strafbar sind allerdings nur Vergehen, Verstösse gegen die gesetzlichen Pflichten der Unternehmen. Bei uns nicht möglich?

Was sich in den letzten Wochen im Lichte des Swissair-Schocks offenbarte, hielten wir in der Schweiz bis anhin nicht für möglich. Das war auch das Bild, das man sich im Ausland von unserem Land machte. Eine selbstkritische Beurteilung müsste uns aber zur Einsicht führen, dass es sich nicht um eine isolierte Erscheinung handelt; dass es nicht genügt, nur Einzelne zu verurteilen:

Auch im täglichen Leben zeigt sich vieles, was es «bei uns» nicht geben sollte: etwa das einseitige Fordern vom Staat, das immer mehr die Bezahlung für bisher «ehrenamtlich» erfüllte Aufgaben verlangt.

Testfall für die Schweiz

Man fordert und geht davon aus, dass andere zahlen. Man will nicht eingestehen, dass die Feststellung, «dass es bisher auch gegangen ist», kein Mittel ist. Das Beispiel Swissair zeigt: Es war zu spät, als man die wahre Situation erkennen musste.

Sind wir in andern Bereichen in der Wirtschaft und etwa bei unseren Sozialwerken besser gerüstet, um auf unerwartete Ereignisse reagieren zu können? Sind wir als Staat, als Land, als Gesellschaft stark genug, um als verlässlicher, zuverlässiger Partner der internationalen Staatenwelt auftreten zu können – allein oder als Mitglied? Sollten wir uns nicht vermehrt auf uns selbst besinnen, statt andern Staaten Lehren zu erteilen, wie z. B. den USA oder China? Wir schätzen im Allgemeinen Personen, die sich im Leben zurechtfinden, eine Stütze für andere und dabei offen für deren Probleme sind und gleichzeitig einen klaren Standpunkt haben. Alle diese Eigenschaften sind auch in der Gemeinschaft der Staaten gefragt. Der Swissair-Schock ist ein Testfall für unser Land. Wir sollten daraus lernen!

Von alt FDP-Ständerat
Werner Jauslin,
Muttenz (BL)

Der Swissair-Schock stellte sich ein, als die Leistungen, die Flüge, – quasi von einem Tag auf den andern – eingestellt wurden. Offenbar wurden nicht einmal Anstrengungen unternommen, den Kunden die verkauften Leistungen durch Ausweichflüge anzubieten. Im Gegenteil, es hiess, die Billette würden nicht zurückerstattet. Ein kaum vorstellbares Vorgehen für

Unternehmen, die öffentliche Dienstleistungen anbieten und erbringen! Es sei denn, höhere Gewalt, technische Störungen oder der Streik des Personals würden die Dienstleistung verhindern.

Gute Ideen nötig

Ob die Beteiligten versucht haben, die Probleme gemeinsam zu lösen oder nicht, oder ob es dazu bereits zu spät war, bleibe dahingestellt. Jedenfalls liessen die Äusserungen des sogenannten Personal-

Abschied von Ruedi Rohr



Bei Redaktionsschluss des «Schweizer Freisinns» erreichte uns aus dem Kanton Aargau die schmerzliche Nachricht, dass das verdiente FDP-Mitglied Ruedi Rohr gestorben ist. Am Freitag, 9. November, nehmen wir um 14 Uhr in der evangelischen Kirche Baden Abschied von unserem Parteifreund.

Wir werden Ruedi nicht nur als ehemaligen Direktor des Redressement National, sondern auch als wortgewandten und temperamentvollen FDP-Politiker in Erinnerung behalten.

FDP Schweiz

Wettbewerbsauflösung

Rund um den Durst

In der letzten «Freisinn»-Nummer fragten wir Sie, was der St. Galler Kantonalpräsident, Andreas Zeller, zu Generalsekretär Guido Schommer gesagt hat. Die vor ihnen stehenden Gläser animierten die «Freisinn»-Leserinnen und -Leser zu Ihren Antworten.

Zu gewinnen gab es wiederum ein FDP-Foulard oder ein FDP-Portefeuille. Das Mineralwasser im Glas Schommers wurde von einigen Einsendern als leeres Glas gedeutet. Prämiert wurden folgende Antworten:

«Das eine glaube mir, Guido, wenn auch du etwas mehr von diesem Wein trinken würdest, ist die Chance gross, dass auch du schon bald einmal einen Bart «einfangen» wirst!»
Von Walter Koeppel, FDP Ortspartei Rorschach SG.

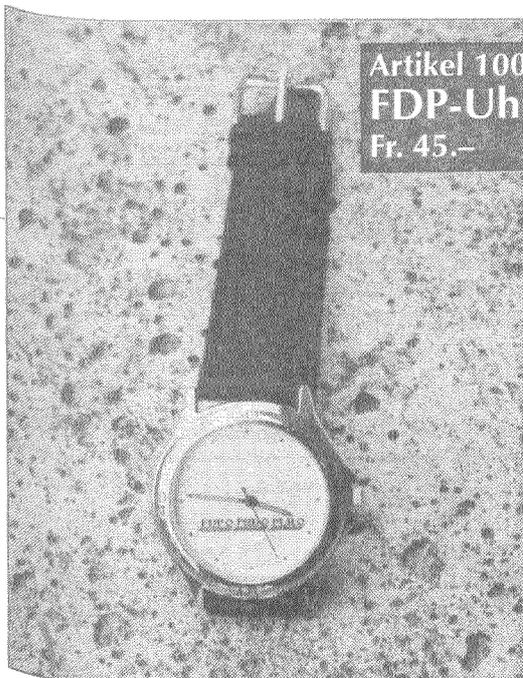
«Guido, wenn du Wein statt Mineralwasser trinken würdest, wäre dein Glas bestimmt auch nicht mehr voll.»
Franziska Hafner, Tuttwil, 9545 Wängi.



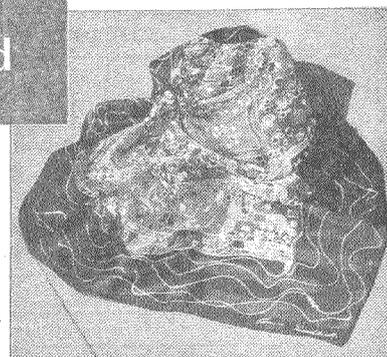
Weihnachts-Geschenkshop

Heute bestellen – morgen wird geliefert

Artikel 1006
FDP-Uhr
Fr. 45.–



Artikel 1001
FDP-Foulard
Fr. 50.–



Artikel 1005
FDP-Krawatte
Fr. 40.–



Bestellungen an:

FDP Schweiz
Erwin Aebischer
Postfach 6136
3001 Bern
Telefon (031) 320 35 35
Fax (031) 320 35 00
aebischer@fdp.ch

Einladung zur FDP-Academy in Langenthal

Freitag/Samstag, 23./24. November 2001

Das praxisorientierte Ausbildungsseminar zur Stärkung Ihres eigenen Profils, der Kommunikationsfähigkeit und des Parteimanagements. Für Kandidierende, ParlamentarierInnen, Vorstandsmitglieder und weitere Interessierte.

Academy

Freitag, 23. November 2001

Ausbildungsmodul/Stichworte zum Inhalt	Dauer/Zeit	Verantwortlich
Eintreffen, einchecken	Ab 14.30 Uhr	Teilnehmer (individuell)
Begrüssung und Einführung ■ Zielsetzungen, Inhalte, Ablauf, Organisatorisches usw.	10' 15.00–15.10 Uhr	Stefan Costa (Moderator) Fraktionssekretär, FDP Schweiz
Parteimanagement (Teil I) ■ Mitgliederwerbung und Interessentenbetreuung ■ Fundraising	90' 15.10–16.40 Uhr	Ruedi Schläpfer Ressort Kantone, FDP Schweiz
Pause	20' 16.40–17.00 Uhr	
Parteimanagement (Teil II) ■ Event-Management und Kampagnenführung auf Orts- und Bezirksstufe ■ Internetnutzung für die Parteiarbeit	90' 17.00–18.30 Uhr	Guido Schommer Generalsekretär, FDP Schweiz
Apérotalk ■ Wirtschaft und Politik – gleichberechtigte Partner?	45' 18.30–19.15 Uhr	Gerold Bühler Nationalrat und Präsident, FDP Schweiz
Gemeinsames Nachtessen	Ab 19.30	

Samstag, 24. November 2001

Ausbildungsmodul/Stichworte zum Inhalt	Dauer/Zeit	Verantwortlich
Mein persönlicher Wahlkampf ■ Elemente des Wahlkampfes (was bekomme ich, was nicht) ■ Konkretes Erarbeiten von Elementen eines eigenen Wahlkampfes ■ Erarbeiten des persönlichen Profils (Erkennen eigener Möglichkeiten)	90' 8.30–10.00 Uhr	Hannes Treier Wahlkampfleiter FDP Kanton Bern Richard Bobst (angefragt) Stadtrat und Präsident der FDP Langenthal
Pause	30' 10.00–10.30 Uhr	
Praktische Medienarbeit (Teil I) ■ Effizientes Verfassen von Communiqués und Artikeln ■ Statement- und Interviewtechnik (v. a. für regionale elektronische Medien)	90' 10.30–12.00 Uhr	Jürg Depierraz Pressechef FDP BE Simon Mühlethaler Moderator und Journalist BR, Radio 32 (Solothurn)
Mittagessen	75' 12.00–13.15 Uhr	
Praktische Medienarbeit (Teil II) ■ TV-Statements (Videoaufzeichnung mit anschliessender Auswertung)	90' 13.15–14.45 Uhr	Max Lüthi Leiter Medienschulung, economiesuisse Zürich
Zusammenfassung, Auswertung und Schluss des Seminars	15' 14.45–15.00 Uhr	Moderator

Tagungszentrum: **Design Center, Mühleweg 23 (Alte Mühle)**, 4900 Langenthal, Fon: 062 923 03 33 Fax: 062 923 16 22
Hotels: **Hotel Bären, St. Urbanstrasse 1, 4900 Langenthal** (in walking distance), Fon: 062 919 17 17 Fax: 062 919 17 18
Hotel Dreilinden, Weststrasse 80, 4900 Langenthal, Fon: 062 922 94 22, Fax: 062 923 24 35
Kontaktperson: Stefan Costa, FDP Schweiz, Neuengasse 20, Postfach 6136, 3001 Bern
Fon: 031 320 35 35 Fax: 031 320 35 00, Mail: costa@fdp.ch

Das Erschrecken

Politik des «Nicht-Erschlagen-Lassens» als neue Herausforderung?

An den Ereignissen des letzten Monats (11. September, Zug, Swissair) ist gemeinsam, dass vielen Bürgerinnen und Bürgern in der Schweiz der Schrecken in die Glieder gefahren ist. Weitere solche Ereignisse sind in Zukunft keineswegs auszuschliessen. Welche Konsequenzen hat das auf die Politik?

Von Andreas Müller,
GS FDP Schweiz



Satellitenaufnahme von Manhattan.

Bild zVg

Der Schrecken sitzt noch immer tief. Wichtig geglaubte Dossiers der Politik werden relativiert. Die Menschen reagieren. Viele, auch in der Schweiz, sagen, dass sie wie gelähmt sind. Sie haben teilweise Mühe, die Motivation für die tägliche Arbeit wieder zu finden. Gleichzeitig ist zum Beispiel in den öffentlichen Zügen selten so spontan, auch mit völlig Unbekannten, über diese Ereignisse gesprochen worden. Die Menschen, die man als Individualisten glaubte, rücken zusammen.

Schadensbegrenzung als eine der Hauptaufgaben der Politik

Jeder und jedem ist klar, dass diese «schwarze Serie» in Zukunft voraussichtlich nicht einfach aufhört. Eher das Gegenteil. Für die Politik könnte das weitreichende Konsequenzen haben. Schon seit einiger Zeit haben Wissenschaftler

festgehalten, dass sowohl die Politik des Bundesrates wie auch diejenige der Parteien immer mehr von den täglichen Ereignissen diktiert wird. Parteipapiere in dieser schnelllebigen Zeit müssen relativ rasch wieder ausgetauscht werden, weil sie schnell veralten.

Was nun aber mit diesen neuen Ereignissen einhergeht, könnte eine neue Qualität dieses Trends darstellen. Die Politik kann auf solch einschneidende Ereignisse fast nur reagieren: Betroffenheit ausdrücken, Erklärungen fin-

den und dann den Schaden möglichst minimieren. Politik ist in einer solchen Situation nicht vorab Gestaltungselement für die Zukunft, sondern Versuch eines «Nicht-Erschlagen-Lassens» durch Ereignisse, letztlich ist es auch ein Kampf gegen das Gefühl der Unsicherheit, des Auseinanderdriftens.

Wiederentdeckung des Gemeinsinns

Wenn Menschen Angst haben, rücken sie zusammen. So ist es einfacher, Schockwirkungen zu ertragen. Sie schieben in einer

solchen Lage gerade nicht ihre individualistische Seite, ihre wirtschaftlichen Interessen in den Vordergrund, sondern sie suchen bei andern Menschen Halt. Da der Lebens- und Kommunikationsraum regional und national geprägt ist, wird auf dieser Ebene mehr verlangt und mehr erwartet. Die Gemeinschaft tritt in den Vordergrund.

Wenn diese Analyse richtig ist und dieser Zustand anhält, hätte dies einige Konsequenzen für die Politik. Politik wäre zuallererst eine kommunikative «Abfederungsinstanz» für die vielen Risiken und Unsicherheiten. Die neue politische Hauptaufgabe wäre, Schäden zu begrenzen. Das würde bedeuten, dass künftig beispielsweise Versorgungssicherheit mehr Gewicht gegeben würde als fallenden Preisen. Der sozialen Absicherung mehr Gewicht als dem persönlichen Freiraum. Oder, wie es Trendforscher sagen, mehr gemeinsame Sinnsuche anstatt individualistische Spassgesellschaft. Der Liberalismus als Philosophie des Optimismus

mit dem Individuum im Mittelpunkt käme in eine spezielle Lage. Seine Hauptstossrichtung, in den neunziger Jahren das beherrschende Denkmuster und die Antriebskraft der politischen Entscheidungen, müsste zumindest kommunikativ der veränderten Lage angepasst werden. Vielleicht gehörte zu einer solchen liberalen Politik des «Nicht-Erschlagen-Lassens» vorab das Hervorheben der Notwendigkeit einer differenzierten Weltansicht und der Hinweis, dass es nicht nur das Gute und das Böse gibt. Das immer wieder neu zu erkämpfende Erfordernis wäre, dass Emotionen zwar zugelassen werden, aber die Ratio nicht zu dominieren vermögen. Der Gemeinsinn ist wiederzuentdecken als neue patriotische Komponente. ■

Anzeige



Fangokuren in der Schweiz!

Schwefelberg-Bad ist ein anerkanntes Heilbad und verfügt einzig in der Schweiz über frischen Naturfango aus eigener Schwefelquelle
Schwefelberg-Bad:
ideal für Kur, Sport und Ferien!

★★★★★ CH-1738 Schwefelberg-Bad / BE
Romantik Kurhotel
Schwefelberg-Bad
Telefon 026 419 33 66
Fax 026 419 24 08

LUFTAKROBATIK



Karikatur Andreas Töns

Auf Händen getragen...

... damit sie nicht selber gehen müssen

Zum Programm «Dialog among civilizations». Dieser Dialog wurde von August bis Oktober 2001 zwischen Iran und der Schweiz geführt.

Von Sibylle Burger-Bono*

Auf Anregung des iranischen Präsidenten Khatami erklärte die UNO das Jahr 2001 zum Jahr des «Dialog among civilizations». Iran und die Schweiz beschlossen, diesen Dialog zu führen. Als Themen wurden die Bereiche Frau – Bildung – Familie gewählt. In zwei Delegationen zu je zehn Personen bereisten 17 Frauen und 3 Männer die beiden Länder und versuchten in zahlreichen Gesprächen, gegenseitige Vorurteile zu widerlegen oder auch zu bestätigen.

Austausch über Universitäten erhalten

In einem gemeinsamen Statement bekräftigten beide Delegationen Anfang Oktober in der Schweiz ihren Willen, das Begonnene weiterzuführen und die in beiden Ländern festgestellten Mängel weiter auch gemeinsam zu thematisieren. Bilateral entstandene Gruppen haben darüber hinaus verschiedene Abmachungen für Austausch über Universitäten oder NGOs beschlossen.

*Präsidentin alliance F, Bund Schweizerischer Frauenorganisationen, Bern.



Sibylle Burger-Bono

Ohne staatliche Einmischung

Idee des Projektes war, einen Dialog unter Fachleuten anzuregen, damit konkrete Austauschprojekte ohne staatliche Einmischung entstehen könnten. Gemäss diesen Vorgaben setzte sich die schweizerische Delegation auch aus neun Frauen und einem Mann zusammen, die alle in ihren Bereichen (Erziehung, Wirtschaft, Recht, Sozialarbeit, Psychologie, Geschichte usw.) über ein breites Fachwissen verfügen. Weniger wichtig war die Hierarchiestufe der betreffenden Person. Dies führte auf Seiten unserer Partner in Iran bereits zu den ersten Irritationen, weil dort eine Delegation im Auftrag des Aussenministeriums zwingend hochrangig besetzt sein muss. Berufsbildung ist na-

hezu unbekannt und kann auch nie zu Ansehen in der Gesellschaft führen. Die Liste der gegenseitigen Missverständnisse war unendlich lang, und es ist ausschliesslich der Flexibilität aller Beteiligten zuzuschreiben, dass der Dialog als gelungen bezeichnet werden kann.

Unterschiede und Gemeinsamkeiten

Der geführte Dialog stellt einen Anfangspunkt dar. Über den gegenseitigen Austausch von Unterschieden und Gemeinsamkeiten kam man häufig nicht hinaus. Als zentrales Anliegen stellten alle übereinstimmend fest, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen in beiden Ländern überaus wichtig sei. Für Iran heisst das, dass die Frauen mit guter

Ausbildung auch einen Arbeitsplatz finden müssen; für die Schweizerinnen steht die Frage der Kinderbetreuung im Vordergrund. Im Nachhinein sind Bekleidungs Vorschriften nicht mehr von solcher Brisanz wie während des Aufenthaltes. Verstörend bleiben andere Unterschiede wie die Auswirkungen der völlig unterschiedlichen Kulturgeschichte, die z. B. die Frage der Gewaltentrennung als der geistlichen Hierarchie untergeordnet betrachten.

Unabhängigkeit streben sie nicht an

In Iran wurden wir auf Händen getragen; die Iranerinnen in der Schweiz stürten sich als Gegenstück dazu wohl häufig daran, dass wir von ihnen Eigeninitiative erwarteten. Um es mit den Worten eines Ayathollahs, den wir kennen lernten, zu sagen: «Unsere Frauen sollen die bestmögliche Ausbildung erlangen, aber nur zu ihrem Vergnügen und dem ihrer Familien. Unabhängigkeit streben sie

Impressum

Schweizer Freisinn

23. Jahrgang
Erscheint monatlich in einer beglaubigten Auflage von 70800 Exemplaren.

Herausgeberin/Redaktion
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz
Redaktion: Ruedi Schläpfer (rus). Für die Kantonsseiten die jeweilige Kantonalpartei.
Postfach 6136, 3001 Bern
Telefon 031 320 35 35
Fax 031 320 35 00
E-Mail schlaepfer@fdp.ch
Internet www.fdp.ch

Inserate

Kretz AG
Verlag und Annoncen
General Wille-Strasse 147
8706 Feldmeilen
Telefon 01 925 50 60
Fax 01 925 50 77
E-Mail
fdp.annoncen@kretzag.ch
Internet www.kretzag.ch

Layout/Druck

NZZ PRINT
Postfach, 8021 Zürich
Telefon 01 258 15 02
Fax 01 258 18 99
ISDN 01 773 11 15
(alle Protokolle)
E-Mail print@nzz.ch
Internet www.nzzprint.ch

nicht an.» Die Gespräche mit Studentinnen ergaben für uns ein anderes Bild. Iran ist eine Gesellschaft im Aufbruch, politisch hochmotiviert, gut ausgebildet und begierig auf die «Errungenschaften» des Westens. Der Dialog, sofern er breit geführt werden kann, verspricht sehr interessant zu werden. ■

Parolen FDP-Frauen

Volksabstimmungen vom 2. Dezember 2001

- Schuldenbremse
- Initiative AHV-Energie-Arbeit
- Initiative Schweiz ohne Armee
- Friedensdienst-Initiative
- Initiative für eine Kapitalgewinnsteuer

Ja
Nein
Nein
Nein
Nein



Yverdon-les-Bains: «Ich und das Universum»

Blumen, so weit das Auge reicht: Sinnlichkeit ist Trumpf auf der Arteplage Yverdon-les-Bains der Expo.02. Sogar überirdische Erfahrungen sind nicht auszuschliessen. Bei einem Drink in der künstlichen Wolke hoch über dem See können sich himmlische Gefühle einstellen.

Prächtige Geranienbänder weisen in Yverdon-les-Bains den Weg zum See. Alle Sinne werden angesprochen – zunächst das Auge, das sogleich die zentralen gestalterischen Elemente erkennt. Unter und neben einer langgezogenen, geschwungenen Dachlandschaft befinden sich zur Linken neun Ausstellungen. In der Mitte prägen bis zu sechs Meter hohe und rund 100 Meter lange Hügel das Bild. Rechts davon sind die Bauten der Events angesiedelt, wo Darbietungen für jeden Geschmack stattfinden. Und vorne, über dem See, weckt das Wahrzeichen der Arteplage die Neugier: eine künstliche, begehbare Wolke.

Erfinde deine Welt

Doch der Reihe nach. Beginnen wir mit den Ausstellungen unter dem farbigen Kunststoffdach. «Erfinde deine Welt, wie sie dir gefällt», lautet das Motto des ersten Projekts, der «kids.expo». Kinder entwerfen ein ganzes Universum von Planeten, die ihre Ideen, Wünsche, Hoffnungen und Ängste zum Ausdruck bringen. Einen Pavillon weiter stellt «Garten Eden – Faszination Gesundheit» den

Bezug her zwischen dem heutigen Wissen über die Gesundheit und dem persönlichen Verhalten. Von ganz anderem Charakter ist «SWIS-SLOVE», ein Kino der Gefühle. Vor romantischer Kulisse werden Schweizer Liebesgeschichten erzählt, wobei jeder Zuschauer selber entscheidet, welche Handlungsvarianten er sehen möchte.

Parallel zur Dachlandschaft verläuft eine zweite Reihe mit Pavillons. Auch «Signal Schmerz» hat Bezüge zur Gesundheit und Prävention, doch zugleich geht es darum, sich dem Tabuthema Schmerz in seiner ganzen Vielschichtigkeit anzunähern. Geheimnisvoll tönt der Titel des folgenden Projekts, «Onoma». Der Begriff leitet sich vom griechischen «Onomastik» ab, was Namenskunde bedeutet. Wer das kreisrunde Gebäude betritt, begibt sich auf eine filmische Reise durch die Schweiz. An der selber wählbaren Route liegen Gemeinden aus allen Landesteilen, verbunden durch ihre Namensverwandtschaften. «Circuit» lässt die Besucherinnen und Besucher in die Rolle von Sportstars schlüpfen und sie Gefühle des Triumphs erleben. Doch auch die Schattenseiten des Spitzensports abseits der Siegerfotos rücken ins Rampenlicht. «Wer bin ich?» ermöglicht auf einer Art riesigen Betten mit Liegemulden die ungezwungene Begegnung mit Massstäben und Elementen von Identität. Schmetterlinge im Bauch wecken kann «Le premier regard». Ein tunnelartiges Gebilde verlockt dazu, das

Geheimnis von Annäherung und Verführung durch Körpersprache zu entdecken. Da passt es, «Oui!» an den Schluss der Ausstellungen zu setzen. Auf einem Steg, der in den See hinausführt, durchschreitet man paarweise einen Säulengang, an dessen Ende ein gegenseitiges Ja-Wort für 24 Stunden steht – es darf auch mehr sein...

Von Sein und Schein

Sinnlichkeit ist das eine, das Spiel mit Natur und Künstlichkeit das andere Kennzeichen der Arteplage. Bestes Beispiel sind die sieben künstlichen Hügel im Kernbereich des Geländes. Diese wurden im Innern wie Blockhütten aus «Lothar»-Sturmholz errichtet und beherbergen einen Teil der fünf Restaurants und Bars sowie Ladenlokale, Kioske und andere Dienstleistungen. Inmitten der Parklandschaft mit schwarzen oder gelben Kiesbändern und üppiger Blumendekoration mag zunächst gar nicht auffallen, dass nicht überall echte Pflanzen blühen. Kunststoffabdeckungen mit Blumenmotiven und Projektionen schaffen eine fast perfekte Illusion, in der Nacht verstärkt durch buntes Licht. Im zweigeteilten Hügel geht man überdies zwischen zwei überdimensionierten Lippenpaaren hindurch, die leise sprechen.

Lautere Unterhaltung bieten die Programme der Abteilung Events auf der rechten Seite des Areals. Musikalische und gastronomische Perlen aus aller Welt treffen im «Mondial»

aufeinander, einem Klub mit Foyer, Bar und Restaurant. Konzerte, Spektakel und Darbietungen aus den verschiedensten Sparten erfolgen im Yverdôme sowie auf der Scène des Etoiles, der Scène des Collines und der Scène du Lac. Die genannten Bühnen dienen ebenfalls den Kantons- und Thementagen. Auf der Festival-Site finden die ExpoGames.02 statt, ein grosser Sportanlass in Zusammenarbeit mit den Schweizer Sportverbänden und dem Schweizerischen Olympischen Verband. Eine Piazza lädt ferner zu Auftritten von Strassenkünstlern und Bands/Kapellen ein. Insgesamt bieten die erwähnten Lokalitäten über 18 000 Personen Platz.

Treffen bei den Engeln

Wäre da noch die künstliche Wolke, welche in gut 100 Meter Entfernung vom Ufer majestätisch über dem See schwebt. Sie ist über einen Steg erreichbar und besteht aus einer dreidimensionalen, eiförmigen Tragsstruktur von rund 100 x 60 x 20 Metern Grösse. Die Stahlkonstruktion durchzieht ein feines Netz aus 33 000 Düsen. Aus ihnen sprüht in unzähligen Tröpfchen Seewasser, das bei jedem Wetter künstlichen Nebel erzeugt – die Wolke eben. In Regenmäntel gehüllt, können sie die Besucherinnen und Besucher erkunden und sich oben in der gläsernen Engelbar einen Drink genehmigen. Dort soll man sich im Übrigen, so hört man, bisweilen wie im siebten Himmel fühlen. *Marcel Marti*

Schuldenbremse – aus Sicht der Kantone

«Runder Tisch» war Start zur Schuldenbremse

Die Verschuldung und die Ausgabenüberschüsse zu begrenzen, bildet eine der grossen finanzpolitischen Herausforderungen der Gegenwart. Das wird auch für die kommenden Jahre so bleiben.

Von Marianne Kleiner,
Finanzdirektorin
Appenzell Ausserrhoden



Marianne Kleiner

Dem Bund ist es unter grossen Anstrengungen gelungen, seinen Haushalt zu sanieren. Die Kantone haben sich im Rahmen des «Runden Tisches» daran mit 500 Millionen Franken beteiligt, obgleich sie schon vorher immer wieder hinnehmen mussten, dass der Bund Lasten auf sie abwälzte. Ihr Beitrag zur Sanierung ist daher insgesamt bedeutend höher.

Im Interesse der Kantone

In dieser Situation versteht es sich von selbst, dass auch die Kantone in höchstem Masse an einem gesunden Bundes-Finanz-

haushalt interessiert sind. Nur ein starker, gesunder Bundesstaat ist ein verlässlicher Partner für die Kantone, ein Partner, der seinen finanziellen Ver-

pflichtungen nachkommt, ohne immer weitere Lasten auf die nachgeordneten Ebenen abschieben zu müssen. Aus der kantonalen Perspektive muss die

Schuldenbremse darum unterstützt werden. Sie dient allen. Deshalb hat auch die Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren (FDK) am 20. September an ihrer Plenarversammlung eine entsprechende Resolution gefasst.

Beitrag an einen gesunden Staat

Der Kanton Appenzell Ausserrhoden weiss aus eigener, guter Erfahrung, was gesetzlich verankerte Ausgaben- oder Verschuldungsbegrenzungen an einen gesunden Staatshaushalt beizutragen vermögen.

Keine budgetierten Ausgabenüberschüsse

Das Finanzhaushaltsgesetz von Appenzell Ausserrhoden verbietet die Budgetierung von Ausgabenüberschüssen, solange die Staatsrechnung einen Bilanzfehlbetrag ausweist (Art. 9 FHG). In jedem Fall muss ein allenfalls entstandener Bilanzfehlbetrag mittelfristig, d.h. innert längstens sie-

ben Jahren, wieder abgebaut werden.

Vorschriften wirkten

Diese Vorschriften, die auch das Parlament in die Pflicht nehmen, haben dem Kanton Appenzell Ausserrhoden geholfen,

- den Untergang der Kantonalbank finanziell unbeschadet zu überstehen, indem die daraus entstandenen Schulden innert mittlerer Frist wieder abgebaut werden konnten;
- den Aufbau eines Schuldenberges zu vermeiden, als Ende der neunziger Jahre fast alle Kantone in finanzielle Schwierigkeiten gerieten und ihre Verschuldung anwuchs. Kantons- und Regierungsrat waren in den Schranken des Finanzhaushaltsgesetzes zur Ausgabendisziplin gezwungen.

Darum Ja zur Schuldenbremse – auch aus Sicht der Kantone

Anzeige

Schuldenbremse

Eidg. Komitee «Ja zur Schuldenbremse», Postfach 6136, 3001 Bern, www.schuldenbremse-ja.ch

JA

2. Dezember

